

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND****(1) Offizieller Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China, Ku Mu, in der Bundesrepublik**

Vom 28. Mai bis 6. Juni 1978 besuchte einer der dreizehn stellvertretenden Ministerpräsidenten der VR China, Ku Mu, als bisher ranghöchster chinesischer Staatsgast die Bundesrepublik. Ku Mu war von einer hochrangigen Delegation begleitet, der u.a. der Minister für Wasserwirtschaft und Energie, Frau Chien Cheng-ying, der stellvertretende Minister des staatlichen Ausschusses für Investbau, P'eng Min, und der stellvertretende Minister für Landwirtschaft und Forsten, Chang Ken-sheng, angehörten.

Der Gast wurde u.a. vom Bundespräsidenten Scheel und Bundeskanzler Schmidt empfangen.

In einem Begrüßungsbankett, das Außenminister Genscher am 29. Mai gab, betonte der Gast, daß China den "berechtigten Wunsch des deutschen Volkes nach seiner nationalen Einheit aufs tiefste" unterstütze. Beide Staaten stünden vor gemeinsamen Problemen: Sie hätten für die Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und Sicherheit zu kämpfen, beide praktizierten keinen Hegemonismus und träten auch gegen das Streben anderer nach Hegemonie auf. Beide seien sich über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses Westeuropas einig. Auch glaube Peking, daß die Bundesrepublik gerne ein starkes China sehen möchte. Im internationalen Teil brachte Ku Mu die üblichen Themen (Moskau-Hegemonismus, sowjetische Scheinabrüstung etc.)

Genscher versicherte, daß "wir den Realismus Ihrer Politik schätzen, die sich zur Einheit der deutschen Nation bekennt". Er verwies weiterhin auf das europäisch-chinesische Handelsabkommen von 1977, versicherte, daß Europa in China einen unentbehrlichen Faktor für die Stabilität und Frieden in Asien und der Welt sehe. Die Sicherung des Friedens setze ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte in der Welt voraus. Dazu sollten China und die EG beitragen. Mit China sollte es nicht nur zur bilateralen Zusammenarbeit, sondern auch zur multilateralen Zusammenarbeit kommen, nicht zuletzt im Rahmen der UNO (Bulletin der Bundesrepublik vom 31. Mai 1978).

Ku Mus Hauptinteresse galt den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, die bereits jetzt einen Handelsaustausch in Höhe von rund zwei Milliarden DM vorweisen können.

Ku ist seit 1965 Vorsitzender der Kommission für Investitionslenkung und hat hier - neben der Planungs- und Wirtschaftskommission sowie neben den Ministerien für Außenwirtschaft und Finanzen - eine Schlüsselposition im Rahmen der chinesischen Politik, die "vier Modernisierungen" bis zum Ende des Jahres 2000 voranzutreiben. Seit 1973 ist Ku Mu außerdem

Mitglied des ZK und seit 1975 Stellvertretender Ministerpräsident - ein Amt, das ihm durch den V. NVK/1978 erneut zugesprochen wurde.

Ku Mus Hauptinteresse galt daher in erster Linie der Wirtschaft. Er traf u.a. mit Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff zusammen und besuchte in einigen Städten, u.a. in München, Bremerhaven und Hamburg Industriebetriebe, in Hamburg beispielsweise die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, und zwar den Unternehmensbereich Hamburger Flugzeugbau in Finkenwerder, wo er Interesse für den Airbus zeigte.

Ku Mu war aus Frankreich gekommen und reiste nach Abschluß seines Besuches in der Bundesrepublik in die Schweiz weiter.

(2) Generalsekretär der Volkszeitung in der Bundesrepublik

Der Generalsekretär der chinesischen Volkszeitung, Kuo Wei, hielt sich vom 8. - 18. April in der Bundesrepublik Deutschland auf. Neben Besuchen bei Zeitungsredaktionen und Unternehmen verschiedener Städte besuchte er auch das Institut für Asienkunde in Hamburg.

(3) Geowissenschaftler zu Besuch

Eine Delegation des Staatlichen Hauptamtes für Geologie der VR ist zu einem mehrwöchigen Aufenthalt an der Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe in Hannover und beim Niedersächsischen Geologischen Landesamt eingetroffen. Ziel des Besuches der chinesischen Wissenschaftler ist ein Erfahrungsaustausch auf diesem Sektor und die Intensivierung der Forschung und Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen Geowissenschaftlern. (Die Welt, 20.5.78)

WESTEUROPA**(4) Ku Mu sondiert in Westeuropa**

Unter der Leitung des Vorsitzenden der chinesischen Planungskommission, Vizepremierminister Ku Mu, hat die chinesische Regierungsdelegation in mehreren westeuropäischen Staaten Möglichkeiten zur engeren Kooperation auf wissenschaftlichem und technologischem Sektor sondiert.

Erste Station der Chinesen war London, wo die Delegation Gespräche führte und verschiedene Industrien in den Midlands besuchte. Ferner stand auf dem Reiseprogramm eine Schottlandfahrt, bei der den Chinesen vor allem die Förderung des Nordsee-Öls vorgeführt wurde. Die Chinesen haben sich ferner im Transportsektor umgesehen und dabei das britische Eisenbahnwesen und Betriebe zur Herstellung von

Luftkissenfahrzeugen studiert. Informationen erhielten die Gäste auch über die Technik des Autobahnbbaus.

In Frankreich habe sich die chinesische Delegation, wie die Neue Zürcher Zeitung vom 17. Mai schreibt, vom Atomkraftwerk bis zum Filzschreiber interessiert. Wie das Blatt weiter schreibt, soll Ku Mu zum französischen Außenhandelsminister Deniau gesagt haben, daß China bei Preisgleichheit den französischen Produkten den Vorzug geben wolle.

In der Schweiz besuchte die Delegation neben landwirtschaftlichen Projekten vor allem auch Firmen der Uhrenindustrie.

Der Besuch der Delegation führte schließlich nach Deutschland, wo die Gäste u.a. in Hamburg die Flugzeugwerft von Messerschmidt-Bölkow-Blohm besuchten, wo der Airbus produziert wird. (NZZ, 11.5.78 und 17.5.78; Le Monde, 5.5.78; The Times, 13.5.78)

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(5) Chinesisch-sowjetische Grenzverhandlungen und Zwischenfälle

Am 4. Mai wurden nach über einjähriger Unterbrechung die bilateralen Grenzverhandlungen, die seit 1969 "auf Raten" geführt werden, wieder aufgenommen.

Die Initiative zur neuen Runde war Ende Februar 1978 vom Präsidium des Obersten Sowjets ausgegangen, das dem damals tagenden V. NVK vorgeschlagen hatte, eine gemeinsame Erklärung über die Prinzipien der bilateralen Beziehungen auszuarbeiten.

Peking hatte diese Initiative seinerzeit mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Sowjets statt leerer Worte zunächst einmal die im September 1969 vereinbarten Abmachungen (Unterzeichnung eines provisorischen Vertrags über die Einhaltung des Status quo an der Grenze, Verhütung bewaffneter Zwischenfälle sowie beiderseitiger Rückzug aus den "umstrittenen Gebieten") erfüllen solle.

Moskau leugnet solche Abmachungen. Im April 1978 unternahm Breschnew in Begleitung von Verteidigungsminister Ustinow eine Inspektionsreise durch die fernöstlichen Gebiete und nahm u.a. sowjetische Manöver nahe den Grenzflüssen Amur und Ussuri ab.

Schon wenige Wochen später allerdings traf der stellvertretende Außenminister Iljitschew in Peking ein, um die Grenzgespräche wieder aufzunehmen.

Fünf Tage nach Beginn dieser Gespräche kam es jedoch, am 9. Mai 1978, zu einem Zwischenfall. Ein sowjetischer Helikopter überflog den Grenzfluß Ussuri und drang 4 km tief in den chinesischen Luftraum ein. Außerdem erschienen achtzehn sowjetische Kanonenboote im chinesischen Teil des Ussuri. Nach chinesischer Darstellung (PRu 1978, Nr. 20, S. 3 f) gingen dreißig sowjetische Militärangehörige an Land, "jagten und umzingelten chinesische Einwohner, schossen immer wieder auf sie und verwundeten einige... Einzig und allein wegen der chinesischen Zurückhaltung eskalierte dieser Zwischenfall nicht zu einem bewaffneten Konflikt."

Die Sowjetunion ließ durch ein Mitglied ihrer Botschaft in Peking ihr "tiefes Bedauern" über diesen Zwischenfall ausdrücken. Einer TASS-Erklärung zufolge seien die sowjetischen Grenzsoldaten eine "kurze Strecke" tatsächlich auf fremdes Territorium vorgerückt, und zwar in Verfolgung eines gefährlichen

und bewaffneten Kriminellen. Man habe das chinesische Flußufer irrtümlicherweise für die sowjetischen Krestowski-Insel gehalten. Chinesische Bürger seien durch diesen Zwischenfall nicht betroffen worden.

Die chinesische Regierung wollte sich jedoch mit dieser Entschuldigungsnote nicht zufriedengeben und wies sie als unzureichend zurück. Zugleich verlangte Peking, daß Moskau die Schuld an dem Zwischenfall übernehme und geeignete Maßnahmen treffe, die künftig derartige Zwischenfälle ausschließen.

Die Zwischenfälle am Ussuri rufen bei den Chinesen traumatische Erinnerungen an die Zwischenfälle vom März 1969 hervor. Damals waren beim Kampf um die Damanski-Insel (chinesisch: Chen-pao) 240 sowjetische Soldaten und 86 Chinesen ums Leben gekommen.

NORDAMERIKA

(6) Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Peking

Vom 20. bis 22. Mai besuchte der Sicherheitsberater Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, im Rahmen einer Asien-Reise, die ihn auch nach Tokyo und Seoul führte, die chinesische Hauptstadt und hatte dort Gespräche mit dem Parteivorsitzenden Hua Kuo-feng, mit Teng Hsiao-p'ing und mit Außenminister Huang Hua. Brzezinski kam ohne Verhandlungsvollmachten. Er sollte lediglich die chinesisch-amerikanischen Probleme diskutieren. Seine Vollmachten gingen also nicht weiter als diejenigen von Außenminister Vance, der 1977 der VR China seinen Antrittsbesuch abgestattet hatte.

Die USA haben mit der Entsendung Brzezinskis ein weiteres Mal ihren guten Willen bewiesen, mit den Chinesen in ständigem Kontakt zu bleiben. Jede der drei Administrationen (Nixon, Ford, Carter) hat sich an diese inzwischen eingespielte Tradition gehalten.

Haupthindernis für eine völlige Normalisierung der Beziehungen zwischen Peking und Washington ist nach wie vor die Taiwan-Frage. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, werden drei amerikanische Wünsche (chinesische Gegenvisite zu den Besuchen von zwei amerikanischen Präsidenten, Erweiterung des Außenhandels über die unvermeidlichen Einkäufe von Getreide und Industriegütern hinaus sowie Akkreditierung amerikanischer Korrespondenten in Peking) nicht erfüllt werden.

Peking wünscht eine aktive Asienpolitik Washingtons, die eine Balance zum sowjetischen Vordringen in Asien bringt und somit auch eine wichtige Voraussetzung für die eigene Sicherheit Chinas ist. Vielleicht können Außenhandelsbeziehungen in Zukunft auch einen Beitrag zu Pekings "vier Modernisierungen" leisten. (Systematische Untersuchung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses in C. a. Juli 1977, S. 396-422)

(7) **Indirekte Stellungnahme zur Menschenrechtsdiskussion**

In dem Interview des "taiwanesischen Delegierten" des Volkskongresses, Chen I-sung (Kyodo, 29.5.78), gab es auch eine offiziöse Äußerung zur Einstellung der Pekinger Führung gegenüber der Menschenrechtsdiskussion, wie sie von den USA gestützt wird. Zu Carters Menschenrechtspolitik hieß es, wenn der amerikanische Präsident in dieser Frage Druck auf China ausüben wolle, werde seine China-Politik scheitern. Chen trug "unterschiedliche Ansichten über politische Verbrecher" vor und erklärte, jedes Land solle entsprechend seiner eigenen historischen Bedingungen seine eigene Lösung bei Problemen der Menschenrechte finden.

ASIEN

(8) **Parteichef Hua Kuo-feng in Nordkorea**

Auf seiner ersten Auslandsreise traf Parteichef und Ministerpräsident Hua Kuo-feng am 5. Mai 1978 in Pyongyang zu einem Freundschaftsbesuch ein. Es war nicht nur ein Staats-, sondern auch ein Parteibesuch auf höchster Ebene. U.a. begleitete der "Außenminister der KP" Keng Piao, den Parteivorsitzenden.

Das Verhältnis zwischen beiden Staaten ist nicht ganz frei von Spannungen. Anders als mit der Sowjetunion bestehen zwar keine Grenzprobleme, und auch die gemeinsamen Grenzschiffahrtsbeziehungen verlaufen reibungslos (näher C.a. Februar 1978, Ü 7). Nordkorea spielt jedoch aus chinesischer Sicht zu sehr die sowjetische Karte. Dies kam nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, daß die Reden der beiden Parteichefs, Kim Il-sung und Hua Kuo-feng, zwar zahlreiche Angriffe gegen den "US-Imperialismus" enthielten, der nach wie vor für die Spaltung Koreas verantwortlich sei, daß aber die Sowjetunion in beiden Reden unerwähnt blieb - ein Verhalten das zumindest für die Chinesen ganz ungewöhnlich ist. Auch wurde kein Schlußkommunique herausgegeben.

Betrachtet China die pro-sowjetische Haltung Nordkoreas mit Mißtrauen, so blickt Pyongyang umgekehrt mißbilligend auf die zwiespältige Haltung Pekings gegenüber der US-Präsenz in Südkorea. Auf der einen Seite werden die Chinesen zwar nicht müde, ganz im Sinne der Nordkoreaner Anti-US-Erklärungen abzugeben ("Rückzug der US-Aggressionstruppen und Militäranlagen aus Korea"); Lösung der Korea-Frage entsprechend den von Kim Il-sung formulierten drei Prinzipien und der Fünf-Punkte-Erklärung), andererseits wissen die Nordkoreaner aber sehr wohl, daß die Chinesen angesichts der sowjetischen Stärke in Fernost an einer Anwesenheit amerikanischer Truppen, sei es nun in Südkorea oder in einem anderen Teil Asiens, nicht uninteressiert sind.

Sollten beide Teile versucht haben, einander vom bisherigen Kurs abzubringen, ohne daß diese Bemühungen zu irgendeinem Erfolg geführt haben? In diesem Fall wäre das Ausbleiben eines Kommuniquees verständlich.

(9) **Chinesisch-vietnamesische Spannungen anlässlich der Vertreibung von 70.000 Auslandschinesen aus Vietnam**

Die enge Anlehnung Vietnams an die Sowjetunion, die chinesische Unterstützung Kambodschas in seinem Kampf gegen Vietnam und der Streit zwischen Peking und Hanoi um die Paracel- und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer haben schon seit dem Ende des Vietnam Krieges 1975 zu wachsenden Spannungen zwischen den noch bis 1973 im "antiimperialistischen Kampf" vereinten Nachbarstaaten geschaffen.

Die Behandlung der in Vietnam, vor allem im ehemaligen Saigon ansässigen Auslandschinesen durch die vietnamesischen Behörden haben das Faß nunmehr zum Überlaufen gebracht. Peking erhebt schwere Anklagen gegen Hanoi und beschuldigt die vietnamesische Regierung des Vertragsbruchs, der antichinesischen Hetze, der finanziellen Schädigung Chinas durch die erzwungene Repatriierung von über 70.000 Auslandschinesen und der Verweigerung von Verhandlungen (Vgl. die unten abgedruckte Erklärung des Außenministeriums vom 9. Juni 1978). Mitte Mai beschloß die chinesische Regierung, Schiffe zu entsenden, um die "verfolgten Auslandschinesen aus Vietnam nach China zu bringen" (PRu 1978, Nr.22, S.16).

Am 19. Mai soll China die Arbeit an zwanzig Aufbauprojekten in Vietnam eingestellt und seine Spezialisten zurückgerufen haben.

Hanoi bestritt die Behauptungen Pekings, erklärte sich aber Ende Mai zu Verhandlungen mit China bereit.

Außerdem soll es im chinesisch-vietnamesischen Grenzgebiet zu militärischen Zusammenstößen gekommen sein, bei denen schon Mitte Februar 1978 nicht weniger als 30 Vietnamesen getötet wurden. Obwohl es zwischen China und Vietnam keinen Grenzvertrag gibt (die Grenze wurde 1887 von den französischen Kolonialbehörden gezogen), ist die Grenzfrage als solche bisher noch nie zum Problem erhoben worden.

INNENPOLITIK

(10) **Zweite Sitzung des Ständigen Ausschusses des 5. Volkskongresses**

Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Bericht über den Korea-Besuch des Vorsitzenden Hua (SWB, 26.5.78). Ein zweites Hauptthema waren neue Regelungen für die Pensionierung von Arbeitern und Kadern. Zwei Dokumente wurden diskutiert: "Der Staatsrat über provisorische Maßnahmen gegenüber alten, schwachen, kranken oder nichtarbeitsfähigen Kadern" und "Der Staatsrat über provisorische Maßnahmen hinsichtlich der Pensionierung von Arbeitern und der Beendigung ihrer Arbeit". Der Direktor des staatlichen Büros für Arbeit, Kang Yung-ho, ging auf diese Dokumente näher ein. Kang erwähnte die "Regulierung der VRCh zur Arbeitsversicherung" des Jahres 1951, die vom damaligen Staatlichen Administrativrat (= Staatsrat) veröffentlicht worden waren. 1958 hatte der Staatsrat zwei Dokumente verabschiedet: "Der Staatsrat über provisorische Regelungen zur Behandlung der Pensionierung von Arbeitern und Angestellten" sowie "Der Staatsrat über provisorische